

Bern-Politiker gegen FDP Aargau

Matthias Jauslin, Maja Riniker und Thierry Burkart befürworten das Stromgesetz. Ihre Partei lehnt es ab.

Eva Berger



Grossrat Lukas Pfisterer zeigte am FDP-Parteitag vom März dem Stromgesetz die rote Karte.



Matthias Jauslin warb am FDP-Parteitag vom 26. März in Untersiggenthal für ein Ja zum Stromgesetz. Bilder: Valentin Hehli

In gut drei Wochen entscheiden die Schweizerinnen und Schweizer über vier nationale Vorlagen, die Aargauerinnen und Aargauer zusätzlich über eine kantonale. Bisher ist vor allem von den beiden Krankenkassenprämien-Initiativen die Rede. Doch auch der Abstimmungskampf zum nationalen Stromgesetz ist im Gang.

Diese Woche haben zehn Aargauer Bundesparlamentsmitglieder ein Komitee für ein Ja zum Stromgesetz gegründet. Darunter sind Irène Kälin (Grüne), Gabriela Suter und Cédric Wermuth (beide SP), Beat Flach (GLP) sowie Andreas Meier und Marianne Binder (beide Mitte). An ihrer Seite kämpfen Bürger-

liche für ein Ja: SVP-Nationalrat Alois Huber sowie die Freisinnigen Thierry Burkart, Maja Riniker und Matthias Jauslin – die gesamte Aargauer FDP-Delegation im Bundeshaus ist Teil des Ja-Komitees.

Dabei haben im Aargau sowohl die SVP als auch die FDP die Nein-Parole zum Stromgesetz gefasst. Während die SVP damit der nationalen Partei folgt, weichen die Aargauer Freisinnigen von der Parole der FDP Schweiz ab, diese befürwortet das Gesetz.

FDP Aargau sagte auch Nein zum CO₂-Gesetz

Es ist nicht das erste Mal, dass sich FDP Aargau und Schweiz

bei einer Energie-Vorlage uneins sind. Vor drei Jahren stellte sich die kantonale Partei gegen das CO₂-Gesetz, das die nationale Partei annahm. Eine Ausnahme bildete im Aargau Nationalrat Matthias Jauslin. Er hatte versucht, seine Kantonalpartei vom CO₂-Gesetz zu überzeugen. An der Parteiversammlung von Ende März dieses Jahres gab es ein kleines Déjà-vu, war es doch wieder Jauslin, der seiner Partei das Stromgesetz vorstellte und für ein Ja warb. Und wieder fasste die FDP Aargau eine andere Parole.

Matthias Jauslin war bis Ende 2023 Mitglied der Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie des National-

rats. Er war massgeblich an der Erarbeitung des Stromgesetzes, wie es jetzt zur Abstimmung kommt, beteiligt. Warum gelingt es ihm nicht, mit seiner Expertise die Freisinnigen im Aargau zu überzeugen? Die Kantonalpartei lege den Fokus auf die Kernenergie und den Landschaftsschutz, sagt Matthias Jauslin.

Mit der Atomenergie, deren Ausbau Jahrzehnte dauere, seien die Probleme aber nicht vom Tisch. «Wir müssen in der Schweiz die erneuerbaren Energien ausbauen, um die Lücke zu schliessen», stellt Jauslin klar. Da seien die Freisinnigen im Aargau skeptisch, sie befürchteten eine Verschandelung des gesamten Kantons durch Windräder. Die FDP sei durchaus für Klima- und Umweltschutz, stellt der Nationalrat klar. «Aber man ist weiterhin davon überzeugt, dass diese Probleme durch den Markt geregelt werden.»

Der Mantelerlass, wie das Stromgesetz offiziell heisst, habe Vorteile. «Wir sind überzeugt, dass die Ausgangslage für die Versorgungssicherheit, für den Energiemarkt und für die Umwelt besser wird», sagt Jauslin. Als Stiftungsrat der Stiftung Landschaftsschutz Schweiz könne er weiter garantieren, dass das Gesetz auch mit dem Landschaftsschutz vereinbar sei und keine Bürgerrechte beschnitten werden. «Es definiert klare Eignungsgebiete für Solar- und Windkraftanlagen. Die Wasserkraft wird gestärkt. Raumplanerisch wird die Situation vereinfacht», stellt er klar.

Lukas Pfisterer: Energie wird für alle teurer

Anders sieht das FDP-Grossrat Lukas Pfisterer. Er warb am Parteitag für ein Nein und hatte die freisinnige Mehrheit auf seiner Seite. «Mit dem Stromgesetz wird der Strom für alle teurer», warnt er. Der Aufbau der Infrastruktur koste. Dem Juristen geht es auch ums Rechtliche: Das Stromgesetz heble den Rechtsweg massiv aus – schliesslich sei der Ausbau der Erneuerbaren möglichst rasch voranzutreiben, auch wenn Umwelt und Natur unter die Räder kämen, meint er: «Das Interesse an den Grossanlagen hat neu Priorität, Standorte werden nicht mehr unvoreingenommen rechtlich überprüft, Einspruchsmöglichkeiten gibt es faktisch keine mehr.» Die Gemeindeautonomie werde ausgehebelt, die Mitsprache der Bevölkerung sowieso.

Schon nur deswegen sei das Gesetz abzulehnen, sagt Lukas Pfisterer. «Bei einem Nein kann das Parlament diese Fehler korrigieren und ein Gesetz präsentieren, das ohne Demokratieverlust und ohne ein Beschneiden der Gemeindeautonomie und der Bürgerrechte auskommt, und vor allem die Verfassung einhält», sagt der Grossrat. Das Parlament habe bewiesen, dass es schnell ein Gesetz erarbeiten könne, wenn es wolle.

Man habe im Energiekanton Aargau wohl einen anderen Fokus als im Rest der Schweiz, nennt Pfisterer als möglichen Grund, warum sich die Kantonalpartei anders positioniert als die FDP Schweiz. Hier stünden drei der vier Schweizer Kern-

kraftwerke, das vierte befinde sich in Sichtweite. Zudem habe der Aargau viele Wasserkraftwerke. «Wir sollten zu unserer Landschaft Sorge tragen und diese nicht verbauen für Flatterstrom aus Sonne und Wind.» Ein Ausbau der erneuerbaren Energien am richtigen Ort sei sinnvoll: «Besser die Dächer nutzen, als die Landschaft zu verschandeln», so Pfisterer.

Wirtschaftsverbände für Stromgesetz

Aargauer FDP und SVP haben jedoch nicht einmal die bürgerlichen Wirtschaftsverbände auf ihrer Seite. Die Aargauische Industrie- und Handelskammer mit dem freisinnigen AKW-Befürworter Beat Bechtold als Direktor teilte am Donnerstag mit, sie befürworte das Stromgesetz.

Ebenfalls Ja sagt der Aargauische Gewerbeverband. Dessen Präsident, Nationalrat Benjamin Giezendanner (SVP), macht zwar im Komitee der Aargauer Nationalratsmitglieder nicht mit. Am Parteitag der Aargauer SVP warb er aber – erfolglos – für ein Ja zum Gesetz. Die SVP ist im Komitee trotzdem vertreten, mit Nationalrat Alois Huber. Er folgt damit dem Schweizerischen Bauernverband, dort ist der Wildegger Vizepräsident.

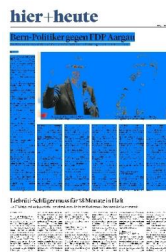
Vor drei Jahren scheiterte das CO₂-Gesetz an der Urne. Für das Stromgesetz gehe er von einem Ja-Anteil von über 55 Prozent aus, wagt Matthias Jauslin eine Prognose. Denn: «Die Welt hat sich verändert, vor drei Jahren waren weder Ukraine-Krieg noch Gas- oder Energiemangel ein Thema.» Inzwischen sei



Hauptausgabe

AZ Aarau-Lenzburg-Zofingen
5001 Aarau
058/ 200 58 58
<https://www.aargauerzeitung.ch/>

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 19'334
Erscheinungsweise: 5x wöchentlich



Seite: 19
Fläche: 85'226 mm²



Auftrag: 3013554
Themen-Nr.: 272.003
Referenz: 91953294
Ausschnitt Seite: 3/3

den Schweizerinnen und
Schweizern wohl eher bewusst,
was eine Stromknappheit be-
deutet.